

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 443

Einwohnerratssitzung vom Montag, 29. Juni 2015, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35/36/35 Personen des Einwohnerrates 6 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Stephan Bregy, Rosa Calicchio (ab 22.00 Uhr abwesend), Deli Haci, Jens Dürrenberger (ab 19.30 Uhr anwesend), Peter Häring-Keller, Pfirter Christoph Gemeinderat: Emanuel Trueb
Vorsitz	Benedikt Schmidt, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|---|------|
| 1. | Wahl des Einwohnerrats-Präsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2016 | 2944 |
| 2. | Wahl der übrigen Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2016
- 1. Vizepräsidium
- 2. Vizepräsidium
- zwei Stimmenzähler/innen
- zwei Ersatz-Stimmenzähler/innen | 2945 |
| 3. | Ersatzwahl Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode: Gertrud Breitingen, Unabhängige Pratteln, anstelle von Pascal Schacher | 2941 |
| 4. | Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, Werner Graber, SP, anstelle von Rös Graf | 2942 |
| 5. | Rechnung 2014, Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Bericht der Revisionsstelle
(Versand Rechnung 11.6.2015 an Einwohnerrat erfolgt, Publikation auf Homepage) | 2937 |
| 6. | Sondervorlage, Bewilligung Betrieb Ortsbusnetz mit Jahreskosten von insgesamt brutto CHF 483'000 für einen weiteren Versuchsbetrieb von 3 Jahren mit optimierter Linienführung und weiteren Varianten | 2921 |
| 7. | Bericht und Antrag der Spezialkommission zum Geschäft „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“
Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrats – 2. Lesung
Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) – 2. Lesung | 2893 |

- | | | |
|-----|--|------|
| 8. | Antrag der Spezialkommission zum Geschäft Nr. 2893 „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“: Delegation der Kompetenz zur Schaffung/Aufhebung von Stellen an den Gemeinderat
Teilrevision Gemeindeordnung – 2. Lesung | 2934 |
| 9. | Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 3'260'000 für die Sanierung und den Umbau des Schlossschulhauses | 2935 |
| 10. | Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 4'595'000 für die Sanierung und den Umbau des Burggartenschulhauses | 2936 |
| 11. | Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Steuerausfälle durch Entlastung Kapital“ | 2939 |
| 12. | Fragestunde | |

Begrüssung durch Benedikt Schmidt, Präsident

Liebe Gäste im Publikum, liebe Presse, liebe Musikerinnen und Musiker, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse zur 443. Sitzung des Einwohnerrates. Ich darf sie heute zum letzten Mal als Einwohnerratspräsident begrüssen, weil das Präsidium neu gewählt wird. Darum ist der Ablauf von der Sitzung auch nicht gleich wie sonst. Ich werde mir erlauben, heute allenfalls vom Geschäftsverzeichnis abzuweichen. Das Auszählen der Stimmen wird Zeit brauchen und wir nutzen diese Zeit, um ein Geschäft zu behandeln, für das es keine Stimmenzähler braucht. Wir beginnen die Sitzung mit Musik und dafür danke ich der KMS. Es spielen Laura Berweger Querflöte, Miriam Berweger Klavier, Maurice Weisskopf Saxofon, Raphael Mangold Horn, Luk Christ Schlagzeug, Seraina Mangold Klarinette, Yannic Cart Trompete. Gespielt werden zwei Musikstücke. Vielen Dank für die musikalische Einstimmung auf die Sitzung! Als Dank gibt es noch ein kleines Präsent.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen

Die am 23. März 2015 verabschiedete Änderung des Jugendreglements (Geschäftsnummer 2917) wurde vom Kanton genehmigt. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 9. Juni 2015 die Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2015 beschlossen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Ersatzzahlung für Bäume“ vom 29. Juni 2015
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Giebenacherstrasse/Minigolf“ vom 26. Juni 2015
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Poststrasse/Augsterheglstrasse“ vom 26. Juni 2015

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster-/Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi“ vom 26. Juni 2015

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem zugestellten Geschäftsverzeichnis verfahren. Heute Abend werden aus organisatorischen Gründen während der Stimmenauszählung Geschäfte erledigt, für die keine Stimmentzähler notwendig sind.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2944

Wahl des Einwohnerrats-Präsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2016

Einwohnerrats-Präsidium

Verfahren

Dem Büro des Einwohnerrates wurde Dominique Häring, FDP-Mitte (CVP) als Wahlvorschlag eingereicht. Weitere Vorschläge liegen nicht vor und auch an der Sitzung wird kein weiterer Wahlvorschlag gemacht. Die Wahl ist geheim.

Andrea Klein stellt Dominique Häring in Form eines Gedichtes vor: *„Zur gliche Ziit wie jedes Jahr, stellt sich en neue Präsi vor, der Sorge sött im Iwohnerrot, dass ejede weiss, wie Debatte goht. Mir empfehle Dominique Häring von der CVP und könne guet sie ufm Sessel gseh. Sit sechs Jahr sitzt sie im Rat, und sött wisse, wie das gaht. Sit vier Jahr lenggt sie kompetent, ihre Partei als Präsident. Selbständigerwerbend ist sie versiert; Bildig und Familie si ihre Fachgebiet. Mir lueget sie als die Richtige aa, wo das hohe Amt sött hah; darum bitte wir - ganz offiziell - dass ma Dominique wähle söll“.*

Wahl

Bei einem absoluten Mehr von 16 Stimmen wird mit 26 Stimmen als Einwohnerrats-Präsidentin für das Amtsjahr 2015/2016 gewählt:

://: Dominique Häring, FDP-Mitte (CVP)

Dominique Häring: Ein herzliches Dankeschön zur Wahl als 44. Einwohnerratspräsidentin und das darin gesetzte Vertrauen. Ich habe mich für meine kurze Ansprache mit der Geschichte des Einwohnerrates auseinandergesetzt und greife diese Fakten als Berufsfrau im Bereich Bildung auf. 1972 hat der Einwohnerrat Pratteln mit seiner politische Tätigkeit begonnen und schon 8 Jahre später durfte die erste Frau den Platz als

Präsidentin einnehmen, eine aktive FDP-Frau. Obwohl es den Landrat seit (geschätzt) 1832 gibt, hat es dort erst 1985 die erste Frau ins Präsidium geschafft und mit einer Frauenquote von 16 % sind wir in Pratteln führend. Ich bin die 7. Frau in dieser Reihe und die Quersumme meiner Hausnummer ist 7 und vor 7 Jahren ging ich das erste Mal in den Einwohnerratskampf; im Kanton sind es magere 6 %. Dies zeigt, wie nahe der Einwohnerrat an der Bevölkerung und am Zeitgeschehen ist und wie wichtig es uns ist, an den aktuellen Anliegen festzuhalten. Am 18. Juni durfte ich an der Schlussfeier am Bildungszentrum KV-Liestal die Absolventinnen der kaufmännischen Berufe erleben. In meiner beruflichen Amtstätigkeit freut es mich besonders, dass auch dort Pratteln Stärke zeigt: 12 % der Ausbildungsbetriebe kommen aus Pratteln. Deshalb auch ein Dankeschön an alle Unternehmen, die in Pratteln sind, die nach Pratteln kommen und die in Pratteln ausbilden. In dem Sinn wünsche ich uns weiterhin zukunftsorientierte Geschäfte und frischen Wind, sowohl in der Wirtschaft als auch der politischen Arbeit. Im Anschluss lade ich alle zu einem erfrischenden Apéro ein.

Geschäft Nr. 2945

Wahl der übrigen Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2016

Erster Vizepräsident

Verfahren

Dem Büro des Einwohnerrates wurde Stephan Bregy, FDP-Mitte (FDP) als Wahlvorschlag eingereicht. Weitere Vorschläge liegen nicht vor und auch an der Sitzung wird kein weiterer Wahlvorschlag gemacht. Die Wahl ist geheim.

Andreas Seiler stellt Stephan Bregy vor: Im Namen der FDP-Fraktion Mitte stelle ich Stephan Bregy vor. Stephan Bregy, Jahrgang 1967 ist ausgebildeter, diplomierter Chemiker und Betriebswirt. Er schafft in der Pharma-Zulieferindustrie, wo er für den Verkauf generischer Wirkstoffe zuständig ist. Seit 18 Jahren ist er im Grossraum Basel wohnhaft und die letzten 8 Jahre in Pratteln. Stephan Bregy ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern, die beide in Pratteln in die Primarschule gehen. Seit Herbst 2013 ist er für die FDP im Einwohnerrat und seit letztem Jahr hat er die Funktion des zweiten Vizepräsidenten inne.

Wahl

Bei einem absoluten Mehr von 16 Stimmen wird mit 26 Stimmen als erster Vizepräsident für das Amtsjahr 2015/2016 gewählt:

://: Stephan Bregy, FDP-Mitte (FDP)

Präsenz: Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Zweite Vizepräsidentin

Verfahren

Dem Büro des Einwohnerrates wurde Sylvie Anderrüti, SP, als Wahlvorschlag eingereicht. Weitere Vorschläge liegen nicht vor und auch an der Sitzung wird kein weiterer Wahlvorschlag gemacht. Die Wahl ist geheim. Sylvie Anderrüti tritt bei dieser Wahl in den Ausstand und Rosa Calicchio wird als Ersatz-Stimmenzählerin bei der Auszählung mitwirken.

Mauro Pavan stellt Sylvie Anderrüti vor: Sylvie Anderrüti ist im Jahr 2010 für Yvonne Meier in den Einwohnerrat nachgerückt und seit Beginn dieses Jahres als Stimmenzählerin Mitglied des Büros. Sie engagiert sich in der Wald- und Spielgruppe Bienenhüsli in Pratteln für Kinder von drei bis fünf Jahren und ist Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft Freizeit und Familie. Mit ihren fünf Jahren Ratserfahrung und auch der Büroerfahrung bringt sie die Voraussetzungen für das zweite Ratspräsidium mit. Ich bitte sie, Sylvie Anderrüti als zweite Vizepräsidentin des Einwohnerrates zu wählen.

Wahl

Bei einem absoluten Mehr von 18 Stimmen wird mit 26 Stimmen als **zweite Vizepräsidentin** für das Amtsjahr 2015/2016 gewählt:

://: Sylvie Anderrüti, SP

Stimmenzähler/in und Ersatz-Stimmenzähler/in

Verfahren

Wahlvorschlag vom 11. Juni 2015 des Büro des Einwohnerrates: Roger Schneider, Unabhängige Pratteln und Simone Schaub, SVP, als Stimmenzähler/in; Emil Job, Unabhängige Pratteln und Christoph Pfirter, SVP, als Ersatz-Stimmenzähler. Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht und es erfolgen keine Wortmeldungen.

Wahlen

In stiller Wahl werden als Stimmenzähler/in für das Amtsjahr 2015/2016 gewählt:

**://: Roger Schneider, Unabhängige Pratteln
Simone Schaub, SVP**

In stiller Wahl werden als Ersatz-Stimmenzähler für das Amtsjahr 2015/2016 gewählt:

**://: Emil Job, Unabhängige Pratteln
Christoph Pfirter, SVP**

Geschäft Nr. 2941

Ersatzwahl Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode: Gertrud Breitinger, Unabhängige Pratteln, anstelle von Pascal Schacher

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 11. Juni 2015

Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht und in stiller Wahl wird in die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode bis 31. Dezember 2016 gewählt:

://: Gertrud Breitinger, Unabhängige Pratteln

Geschäft Nr. 2942

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode: Werner Graber, SP, anstelle von Rös Graf

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 25. Juni 2015

Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht und in stiller Wahl wird in die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2016 gewählt:

://: Werner Graber, SP

Geschäft Nr. 2937

Rechnung 2014, Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Bericht der Revisionsstelle

Aktenhinweis

- Rechnung 2014, Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 4. Juni 2015 und Bericht der Revisionsstelle vom 18. Mai 2015

Das Büro schlägt Direktberatung vor; das Eintreten auf dieses Geschäft hat bereits durch die RPK stattgefunden.

Auf dem Referentenplatz befindet sich Thomas Sollberger als Präsident der RPK.

Thomas Sollberger (Präsident der RPK): Mit der vorliegenden Rechnung 2014 ist der Übergang auf HRM2 abgeschlossen und alle zusätzlich notwendigen Dokumente sind in dieser Rechnung enthalten. Dies sieht man auch daran, dass dieser Abschluss wesentlich mehr Seiten umfasst als 2013. Am deutlichsten sichtbar ist der Unterschied, wenn man die Zahlen anschaut. Das Finanzvermögen hat massiv um CHF 39 Mio. zugenommen, was durch die notwendige Neubewertung entstanden ist. Nach der Verrechnung mit der Ausfinanzierung der Pensionskasse und Aufwendungen für die Entsorgung der Altlasten auf den Grüssenhölzliareal besteht eine sog. Neubewertungsreserve von rund CHF 15.8 Mio. Dies sieht man in der Bilanz auf Seite 118 der Rechnung. Diese Position

bleibt in der Bilanz bestehen, sofern kein Finanzvermögen veräussert wird. Die Übergangsbilanz im letzten Teil der Rechnung ist eine der Spezialitäten, die der Abschluss 2014 einmalig enthält. Man sieht, dass nur dank der Tatsache, dass die Einwohnergemeinde seit Jahrzehnten kein Land verkauft, sondern im Baurecht abgibt, die Ausfinanzierung der Pensionskasse auf diese Art und Weise möglich war. In der Erfolgsrechnung ist der Vergleich mit 2013 nicht direkt möglich, sondern nur der Vergleich mit dem Budget 2014 und darum sind unsere Aussagen im Bericht eher summarisch. Wie in den Erläuterungen auf Seite 2 der Rechnung zu lesen ist, sind auch die Vergleiche mit den Budgetzahlen mit Vorsicht zu geniessen, weil dort gebucht wurde, wo es nach HRM2 gebucht werden muss und nicht dort, wo es budgetiert wurde. Im Bericht der RPK ist ein Fehler. In „2 Rechnungsergebnis“, dritter Punkt muss es heissen „... CHF 1.5 Mio. tiefer höher als budgetiert...“ An dieser Stelle bedanke ich mich auch im Namen der RPK bei Beat Thommen und Sybille Fräulin für die hervorragende Arbeit, die sie im Zusammenhang mit dem Abschluss geleistet haben wie das Installieren der Anlagenbuchhaltung, Neubewertung des Finanzvermögens und nicht zuletzt auch der Kampf mit bzw. gegen die Schwierigkeiten der Software. Dies haben beide zusammen mit Bravour gemeistert. Ich bedanke mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen der RPK für die konstruktive Zusammenarbeit.

GR Max Hippenmeyer: Bevor ich auf die Rechnung 2014 eingehe, danke auch ich dem Abteilungsleiter Beat Thommen und den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an dieser Rechnung mitgearbeitet haben. In meinen Dank schliesse ich auch die RPK für ihre sachbezogene Kommissionsarbeit und ihren Bericht ein. Die Rechnung 2014, Thomas Sollberger hat es bereits erwähnt, ist das erste Mal nach HRM2 (harmonisiertes Rechnungsmodell 2) erstellt worden und der Vergleich zur Rechnung 2013 in der Broschüre ist nicht möglich. Der Aufwand, die Vorjahresrechnung nach dem HRM2-Muster abzubilden, wäre zu gross und hätte unsere Ressourcen überschritten. Daher müssen wir uns mit einem Vergleich zum Budget bescheiden, der gar nicht so schlecht aussieht. Immerhin ist das Ergebnis um mehr als CHF 1.5 Mio. besser ausgefallen, als budgetiert. Die RPK hat in ihrem Bericht die wichtigsten Faktoren zum Rechnungsergebnis und den Budgetabweichungen aufgeführt und ich verzichte daher auf eine Wiederholung. Bekanntlich ist ein grosser Teil unserer Ausgaben fremdbestimmt, aber dort, wo wir Einfluss nehmen können, bei den Sach- und Personalkosten auf der Verwaltung, kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, dass wir die Kosten im Griff haben. Der im Vergleich zum Budget etwas grössere Personalaufwand ist hauptsächlich auf mehrere Frühpensionierungen zurückzuführen und dies vermutlich im Zusammenhang mit der Sanierung der basellandschaftlichen Pensionskasse. Wir haben schon etwas über die Sozialhilfekosten gehört und ich bringe hier eine Relativierung dazu ein: Unsere Nettounterstützungsleistung in der Sozialhilfe pro Einwohner ist zwar seit Jahren die höchste im Kanton, aber dank der Sonderlastenabgeltung, die wir erhalten, liegen wir nur unwesentlich über dem Kantonsdurchschnitt und auf Augenhöhe mit Allschwil oder hinter Binningen. Wir reden von den explodierenden Kosten, erhalten aber einen schönen Teil wieder zurück und so mache ich mir hier wenig Sorgen. Mehr Sorgen bereitet mir persönlich die Kostensteigerung der Subjektfinanzierung unserer Kindertagesstätten. Dort ist definitiv Handlungsbedarf angesagt und auch eingeleitet. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen inklusive Quellensteuern liegt mit rund CHF 27 Mio. fast 2 Prozent über dem Budget, also rund CHF 500'000 höher als im Vorjahr. Bei den juristischen Personen hingegen haben wir nach den Erfahrungen des Vorjahres zu pessimistisch budgetiert mit der angenehmen Folge, dass wir nun CHF 1.7 Mio. oder 8.7 Prozent mehr eingenommen haben, als budgetiert. Der Anteil von Steuern der juristischen Personen beträgt momentan fast 44 %; vor 5 Jahren waren es noch 39 %. Thomas Sollberger hat es auch schon erwähnt: HRM2 hat eine Neubewertung unseres Finanzvermögens zu Folge. Dank unseren bisherigen konservativen Einschätzungen konnten wir eine grosse Aufwertung vornehmen, sodass wir die Sanierung der Pensionskasse in der Höhe von CHF 14.5 Mio. und die Sanierung des Grüssenareales in der Höhe von CHF 8.5 Mio. locker darüber abbuchen konnten und ohne Steuererhöhungen, wie in einzelnen baselbieter Gemeinden der Fall war. Die verbleibende sog. Neubewertungsreserve von CHF 15.8 Mio. können wir als

stille Reserve betrachten und stellt ein gutes Polster für weniger rosige Zeiten dar, die sicher irgendwann einmal eintreten werden. Mein Fazit: Die erfreuliche Budgetabweichung ist vor allem auf höhere Steuereinnahmen von juristischen Personen und einen tieferen Finanzausgleich zurückzuführen. Zwei Faktoren, die sehr schwer vorauszu-sehen sind, insbesondere der des Finanzausgleiches. Ich nehme an, dass solche Abweichungen kaum zur Regel werden. Ich stelle fest, dass unsere Finanzlage solide ist und sich auf einem hohen Niveau konsolidiert hat. Gerade die gute Finanzlage soll nicht zum Übermut verführen. Neue Wünsche und Begehrlichkeiten, es sind nicht wenige, sind unbedingt mit Blick auf die jährlich wiederkehrenden Kosten kritisch zu hinterfragen. Strukturelle Defizite müssen wir dringend vermeiden, wie schon in der Vergangenheit. Wir haben eine grosse Liquiditätsreserve, die wir kaum ertragsbringend anlegen können und darum sind Investitionen in unsere Infrastruktur angesagt. Wie es ist, wenn aus Geldmangel dringende Investitionen nicht getätigt werden, konnten wir vor noch nicht langer Zeit, ungefähr 15 Jahren, schmerzlich selber erleben. Ich bitte, auf die Rechnung einzutreten und wie im Bericht der RPK vorgeschlagen, zu genehmigen.

Philippe Doppler: Im Namen der SVP-Fraktion schliesse ich mich dem Dank an. Insbesondere danke ich der Verwaltung, weil es mit dem Übergang auf HRM2 doch erheblich mehr Aufwand für die Erstellung der Rechnung gegeben hat. Mein Dank geht auch an die RPK zur Erstellung der Analyse und des Berichtes. Die SVP-Fraktion beurteilt das Rechnungsergebnis mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 1.6 Mio. als sehr erfreulich. Leider ist ein detailliertes Studium der Zahlen wie schon beim Budget 2015 nicht möglich, weil die Vorjahreszahlen durch die Umstellung auf HRM2 gefehlt haben. So haben wir uns auf das vorhandene Ergebnis im Vergleich zur Budgetierung und den Bericht der RPK gestützt, um etwas tiefer hinter die Fassade zu blicken. Unsere Fragen und Bemerkungen beziehen sich auf Kontoarten und Kontogruppen und daher erlauben wir uns, diese gerade jetzt anzubringen und nicht erst bei der Lesung. Auf S. 25 der Rechnung ist uns aufgefallen, dass der Personalaufwand im Vergleich zum Budget um rund CHF 600'000 höher ausfallen ist, die Arbeitgeberbeiträge aber um CHF 260'000 unter dem Budget geblieben sind. Wie kann man diese doch deutliche Schere erklären? In der Kontoart 301 auf S. 25 ist erkennbar, dass die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonales um rund CHF 200'000 angestiegen sind. In diesem Zusammenhang verweise ich auf Traktandum 8, Geschäft Nummer 2934 und meine Frage ist, ob der Einwohnerrat die Hoheit des Stellenplanes wirklich an den Gemeinderat abgeben will. Das Budget verdeutlicht, wie schnell Budgetüberschreitungen zur Tatsache werden und aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Hoheit der Steuerung des Stellenplanes beim Einwohnerrat zu belassen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen ist aus unserer Sicht ebenfalls erfreulich. Das beilegte Kuchendiagramm mit der Verwendung der Steuereinnahmen ist interessant. Allerdings ist es nicht möglich, aufgrund dieses Diagrammes eine Entwicklung zu sehen, respektive festzustellen, in welche Richtung sich Pratteln im Bezug auf die Kosten bewegt. Wir wünschen uns für die Zukunft, dass ein solches Diagramm in einer Mehrjahresentwicklung erstellt, durch den Gemeinderat interpretiert und dem Einwohnerrat vorgelegt wird.

Patrick Weisskopf: Im Namen der Fraktion der Unabhängigen und Grünen danke ich der Verwaltung für die erfreuliche Arbeit und den guten Abschluss. Wir haben dies angeschaut und sind sehr zufrieden. Bei den Kennzahlen haben wir gesehen, dass wir am Selbstfinanzierungsgrad noch arbeiten müssen und meine Frage ist, wie wir diesen erhöhen können. Es gab auch einige Lacher beim Durchsehen: Dazu gehört das Budget mit den Bussen, das wir früher diskutiert hatten, und nun mit knapp CHF 160 verfehlt haben, obwohl man gesagt hat, man wolle es laufen lassen. Ich nehme an, man kennt unsere Mitbewohner in der Gemeinde, sodass man eine solche gute Schätzung machen konnte. Wir werden in nächster Zeit einiges an Investitionen haben; wir haben gesehen, dass bereits vorgesehen ist, Investitionen und Schulden über eine gewisse Zeit abzuschreiben. Auch hier wird geschaut, ob es tragbar ist. Darum können wir dieser Rechnung zustimmen und verdanken sie.

Kurt Lanz: Auch die SP-Fraktion hat die Rechnung angeschaut und leitet den Dank sowohl an die RPK als auch die Verwaltung weiter, braucht es doch immer Disziplin, vorhandenes Geld nicht einfach auszugeben und diese Disziplin möchten wir der Verwaltung besonders verdanken. Es ist schwierig, ein Budget zu erstellen, das nachher noch eingehalten werden sollte. Dies sehen wir exemplarisch beim Finanzausgleich, der immer schwierig zu prognostizieren ist genau, wie die Wirtschaftslage. Ich habe den Gemeinderat einmal gefragt, was denn die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Freigabe des Euro-Franken-Wechselkurses seien und dies werden wir wahrscheinlich bei der Rechnung sehen, die wir nächstes Jahr anschauen. Mich erfreut auch, wenn wir nächstes Jahr die Zahlen tatsächlich vergleichen können. Die Umstellung auf HRM2 ist gut erfolgt, wenigstens was die Budgetierung betrifft und bei der Rechnung können wir dies das nächste Mal sehen. Daher bitten wir um Genehmigung der Rechnung, wie sie hier vorliegt.

Andrea Klein: Vielen Dank an GR Max Hippenmeyer und die Mitarbeiter der Verwaltung, an die RPK für die gute Arbeit. Auch die FDP-Mitte verdankt das tolle Ergebnis und ist froh, dass es so gut herausgekommen ist, auch wenn man nicht jede Position direkt beeinflussen kann. Auch wir sind dafür, den Anträgen so zuzustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Zu den Fragen der SVP: Bei den Personalkosten ist der überwiegende Teil auf Frühpensionierungen zurückzuführen, vor allem von Lehrern und auch in der Verwaltung gab es 2 oder 3 Frühpensionierungen. Weiter haben wir Stellen besetzt, die im Stellenplan vakant waren und nun aufgefüllt wurden, speziell im Sozialbereich. Die Arbeit dort muss gemacht werden und mit der Delegation des Stellenplanes hat dies wenig zu tun. Die Aufstellung, wie der Steuerfranken verteilt wird, wurde nun im zweiten Jahr als Information abgegeben. Ich finde eine gute Anregung, die Entwicklung zu verfolgen und wir nehmen dies auf. Danke für den Hinweis. Zu Patrick Weisskopf: Mit den Kennzahlen ist es eine Sache. Es handelt sich immer um eine Momentaufnahme und sie wurden vom Kanton im Rahmen des HRM2 berechnet. Wenn wir in einigen Kennzahlen weniger gut sind, steht dies in direktem Zusammenhang mit unserer schwachen Investitionstätigkeit. Dies wird sich nächstes Jahr ändern und macht mir persönlich kein Bauchweh und es ändert sich dadurch nichts an unserer guten Finanzlage.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Lesung.

Gelesen werden die einstelligen Kontenbezeichnungen inklusive Seitenzahlen.

Lesung Erfolgsrechnung:

0	Allgemeine Verwaltung	S. 36
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	S. 41
2	Bildung	S. 47
3	Kultur, Sport, Freizeit, Kirche	S. 61
4	Gesundheit	S. 73
5	Soziale Sicherheit	S. 75
6	Verkehr	S. 81
7	Umweltschutz und Raumordnung	S. 84
8	Volkswirtschaft	S. 93
9	Finanzen und Steuern	S. 96

Lesung Investitionsrechnung:

0	Allgemeine Verwaltung	S. 107
1	Öffentliche Sicherheit	S. 107
2	Bildung	S. 108
3	Kultur, Sport, Freizeit	S. 109

4	Gesundheit	S. 110
5	Soziales Wohnungswesen	S. 110
6	Verkehr	S. 111
7	Umweltschutz und Raumordnung	S. 112
8	Volkswirtschaft	S. 114
9	Finanzen und Steuern	S. 114

Es gibt keine Wortmeldungen und die Lesung der Rechnung 2014 ist beendet. Es folgen die Abstimmungen:

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Die Kreditüberschreitung von CHF 10'866.25 für die Sanierung der Coop-Passe-
relle über den SBB-Geleisen wird bewilligt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2. Gestützt auf den Revisionsbericht der ROD vom 18. Mai 2015 wird die Rechnung
2014 mit einem ausgewiesenen Ertragsüberschuss von CHF 1'613'459.90 ge-
nehmigt.

Geschäft Nr. 2921

Sondervorlage, Bewilligung Betrieb Ortsbusnetz mit Jahreskosten von insgesamt brutto CHF 483'000 für ei- nen weiteren Versuchsbetrieb von 3 Jahren mit optimierter Linienführung und weiteren Varianten

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Juni 2015 für die 2. Lesung

Auf dem Referentenplatz hat der Abteilungsleiter Bau, Dieter Härdi, Platz genommen und steht für Fachfragen zur Verfügung.

GR Stefan Löw: An der rekordverdächtigen letzten Einwohnerratssitzung, an der nach langer Diskussion das Protokoll 21 Seiten zu diesem Geschäft umfasste, wurde das Geschäft zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen. Der Gemeinderat hat dies eingehend beraten und ist bei seiner 2. Lesung zum Beschluss gekommen, dass der Gemeinderat weiterhin die Variante 1 der Linienführung des Ortsbusses befürwortet und priorisiert. Variante 1 bietet die Anbindung des Ortskernes an das Betriebsnetz und verbessert die Verkehrsentwicklung. Wir gehen davon aus, dass die Benützerzahlen in dieser Variante besser sind und - dies ist aus betrieblicher Sicht wichtig - bietet eine höhere Fahrplanstabilität. Wie in der Einwohnerratssitzung verlangt, haben wir geprüft, ob zusätzliche Haltestellen möglich sind. Diese Möglichkeiten sind gegeben und auch mit einer Haltestelle Pratteln-Süd respektive Bahnhofstrasse in Richtung Bahnhof, eingeflossen. Diese Haltestellen lassen sich realisieren und auch die Haltestelle Lumimart/-Rührbergweg in beide Richtungen bedienen. Es wurde noch die Frage gestellt, ob man bei Pratteln-Süd auf beiden Seiten anhalten könne. Dies ist momentan aus Platzverhältnissen nicht möglich und es ist nicht sicher, ob es mit dem Fahrplan aufgeht. Auf Seite 8 der Vorlage sind die Begründungen sehr ausführlich dargestellt und ich gehe davon aus,

dass sie diese gelesen und studiert haben. Zur Variante 2, die wie ihnen auch vorgelegt haben: Diese Variante wurde vom Gemeinderat nicht favorisiert, weil wir die Nähe zur Tramlinie haben, was nicht optimal ist. Es handelt sich nicht um eine wirklich neue Route; bisher wurde eine ähnliche gefahren. Der Fahrplan ist äusserst gedrängt und es besteht keinerlei Reserve in der Fahrzeit. Die Begründungen können sie der Vorlage entnehmen. Bei Variante 2 müsste mit dem Kanton neu verhandelt werden, falls der Einwohnerrat diese favorisiert. Ich ermuntere sie, unbedingt einer längeren Versuchsphase zuzustimmen. Wenn man sie auf 2 Jahre reduzieren würde, müsste man schon nach 1 Jahr, bevor schlüssige Zahlen vorliegen, eine neue Variante entwerfen und bewerten. Damit man saubere Zahlen erhält, sollten wir unbedingt 3 Jahre fahren und haben dann die Zahlen über 2 Jahre, die für eine Weiterführung oder neue Linie sprechen. Auf der Linie 39 waren es im 4. Quartale 2014 insgesamt 14'400 Fahrgäste (+ 300) und im 1. Quartal 2015 insgesamt 17'000 Fahrgäste, also eine markante Steigerung von über 2'000 Fahrgästen. Auf der Linie 82 waren es im 4. Quartale 2014 insgesamt 23'100 Fahrgäste und im 1. Quartal 2015 insgesamt 24'900 Fahrgäste. Der Trend ist damit klar: Der Ortsbus etabliert sich immer stärker, wird wahrgenommen und die Benützerzahlen sind am Steigen. Dies ergibt Fahrgastzahlen von 38'000 im 4. Quartal 2014 und 41'800 im 1. Quartal 2015. Der Gemeinderat bittet sie, unbedingt der Variante 1 zuzustimmen, weil wir sie als die sinnvollere Variante erachten.

Roland Kuny: Wir von der SVP-Fraktion haben die ergänzte Vorlage auch diskutiert und sind noch immer gegen diesen Ortsbus, weil er noch immer Quartiere nicht erschliesst, die er erschliessen sollte. Er ist noch immer weder Fisch noch Vogel und daher bitten wir, diese Vorlage abzulehnen.

Christoph Zwahlen: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat diese ergänzte Vorlage auch studiert. Wir danken dem Gemeinderat, dass er Anregungen aufgenommen hat, wie die zusätzliche Haltestelle im Grüssenquartier und, wenn auch leider nur in eine Richtung, am Bahnhof. Schön wäre ein Halt in beide Richtungen, aber man müsste Platz schaffen neben dem Coop-Parkplatz oder dann beim Bahnhofplatzumbau. Wir wollen, dass der Ortsbus fährt, können auch einer dreijährigen Dauer zustimmen und werden sehr bald wieder kommen mit einem Antrag, die gesamte Situation grundsätzlich anzuschauen, wie man den öV in Pratteln mit den vorhandenen Ressourcen möglichst optimal abwickeln kann. Wenn man Art. 21 b und die zugehörigen Ausführungen liest, erkennt man, dass auch die jetzige Situation nicht ganz dem Gesetz entspricht, aber es handelt sich um einen guten Kuhhandel, mit dem auch die Geldgeber zufrieden sind. Trotz der Empfehlung des Gemeinderates würden wir Variante 2 bevorzugen. Im Dorfkern wohnen weniger Leute und am Schmittiplatz läuft, ausser bei einem Fest, nicht sehr viel. Gegen das Aegelmattquartier gibt es doch noch ziemlich dicht besiedelte Gebiete, die nicht nahe an der Tramlinie sind und ich behaupte, dass man dort mehr Leute erreicht. Wurde abgeklärt, wie viele Personen beim Schmittiplatz ein- oder aussteigen und wie viele Personen man in der Aegelmatt nicht erreicht, weil sie keine Möglichkeit mehr haben?

Antrag von Christoph Zwahlen

Eva Keller: Die SP-Fraktion dankt für die Vorlage. Uns ist der Ortsbus wichtig für die Erschliessung dieser Gebiete. Ältere Personen sind dankbar dafür und die steigende Personenanzahl spricht auch dafür. Wir verdanken auch den Halt an der Bahnhofstrasse sowie dem Rührbergweg. Wir bevorzugen die Variante 1, weil für uns das Dorfzentrum wichtig und so auch erschlossen wird. Ich hoffe, dass wir heute wirklich zu einem Abschluss dieses Geschäftes kommen und das Haltestellen-Jekami den weiteren Betrieb nicht lahmte. Ein Ja zur Weiterführung ist auch die Möglichkeit, eine Schleuse zu öffnen, um Linienführungen später anzupassen. Eine Frage: Haben wir schon eine Antwort des BAV zu unserer Eingabefristverlängerung? Ich bitte euch, dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Beschluss zuzustimmen.

Urs Hess: Vorhin haben wir gerade vom Finanzchef gehört, dass wir unsere Rechnung nicht weiter belasten sollen. Hier handelt es sich um genau eine solche Belastung, die

wir anstreben. CHF 483'000 pro Jahr bei 37'000 Fahrgästen ergibt es genau CHF 13.00 pro Fahrgast, die wir als Gemeinde draufzahlen. Mit CHF 13.00 - und könnt ihr alle Taxiunternehmen in Pratteln fragen - ist man mit CHF 10.00 locker dabei und könnte erst noch Taxi fahren. Für uns als Gemeinde ist es immer noch billiger, wenn wir als Gemeinde bestimmte Taxifahrten zulassen und auch subventionieren. Wir hätten so einen viel grösseren Erfolg und auch zielgerichteter und wahrscheinlich etwas umweltfreundlicher, weil ein herumfahrender leerer Bus nicht gerade umweltfreundlich ist. Ich kann dieser Vorlage gar nichts abgewinnen und der Gemeinderat liest uns noch § 22 a der Verordnung vor. Es gibt auch ein Gesetz über den öffentlichen Verkehr und dort sind diese Distanzen etwas anders. Wenn man das Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs anwenden würde, bräuchten wir nicht einmal einen so grossen Bus ins Grüssen und könnten locker 2 Mal fahren und dann erst kann man vielleicht über einen Bus im Dorf oben reden. Aber mit diesen paar Personen, die Bus fahren und mit dem Gebiet, das man nun erschliessen will, wo es noch weniger Leute gibt, kann man einem Busbetrieb sicher nichts abgewinnen. Der Weg muss zuerst über Taxi gehen; dies ist günstiger.

Andreas Seiler: Ich danke dem Gemeinderat und den betroffenen Personen der Verwaltung, dass sie in so kurzer Zeit eine neue Vorlage zustellen konnten, die erst noch 2 Varianten zur Auswahl hat. Die Fraktion FDP-Mitte hat das Geschäft noch einmal eingehend diskutiert. Wir sind auf jeden Fall für einen Ortsbus, unabhängig, ob er nun nach Variante 1 oder 2 fährt. Der Ortsbus ist vor allem im Gebiet Grüssen wichtig für die Rechtssicherheit der Investoren und betrifft auch Quartierpläne, die wir hierin bewilligt haben und die Investoren wollen wissen, ob sie nun bauen können oder nicht. Wenn sie die öV-Erschliessung nicht haben, haben sie ein Problem. Es macht wenig Sinn, wenn wir Busse innerhalb des Tarifverbundes und andere ausserhalb des Verbundes fahren lassen. Zur südlichen Variante haben wir in der Fraktion verschiedene Meinungen. Zu den Finanzen: Ein grosser Teil der Kosten, die in der Vorlage als Bruttokosten enthalten sind, werden von Firmen im Grüssen finanziert und auch der Kanton gibt einen Beitrag. Für die Gemeinde fällt schlussendlich nicht mehr ein so hoher Beitrag an und die Erschliessungsqualität im Grüssen ist scheinbar so vorgeschrieben. Darum hoffe ich, dass wir heute einen Entscheid zum Ortsbus treffen und dieser weitergeführt wird. Wir wollen auch auf Antrag des Gemeinderates bei einem Versuchsbetrieb von 3 Jahren bleiben; eine Reduktion macht für uns keinen Sinn. Wenn man auf 1 Jahr reduzieren würde, hätten wir, wenn wir im nächsten Frühling entscheiden müssten, gar keine Entscheidungsgrundlagen, weil ja der Betrieb erst im Dezember startet. Mit 2 Jahren hätten wir allenfalls die Zahlen von 1 Jahr, aber 1 Jahr ist in der Regel nicht aussagekräftig, weil ein neues oder verändertes öV-Angebot eine gewisse Eingewöhnungszeit braucht. Darum ist für einen Versuchsbetrieb 3 Jahre das Minimum, um eine Aussage zu machen. In dem Sinn sind wir froh, wenn wir den Ortsbus heute genehmigen.

Roger Schneider: Herzlichen Dank, dass auf unsere Vorschläge und Ideen eingegangen wurde und nun 2 Varianten vorliegen. Ich orte einen Widerspruch beim Gemeinderat. Wir haben auch von Andreas Seiler gehört, dass es eine Eingewöhnungszeit von 3 Jahren brauche, und man es 3 Jahre laufen lassen müsse, sonst könne man nach 1 oder 2 Jahren noch keine Aussagen machen. GR Stefan Löw hat ja Zahlen gebracht und gezeigt, wie zufrieden er ist. Dies hat auch damit zu tun, dass der Ortsbus immer 3 Jahre lang gleich gefahren ist mit derselben Route und denselben Haltestellen. Nun ändern wir den Verlauf des Ortsbusses und fangen wieder bei praktisch null an. Es sind nicht alle Haltestellen neu, aber Aegelmatt und Rutscheten sind nicht mehr dabei. Ich bin überzeugt, wenn man die Arealstatistik betrachtet, sieht man, dass dort die Bevölkerungsdichte grösser ist, als im Dorfzentrum. Von mir aus kann man den Schmittiplatz auch noch erschliessen, aber wegen der Fahrplanstabilität geht es nicht mit nur 1 Bus. Darum sollte man die Route nicht zu sehr ändern, damit die jetzigen Zahlen weiter steigen, nicht zuerst kleiner werden und erst später wieder ansteigen. Wenn wir weiter ansteigende Zahlen wollen und dass mehr Leute den Bus brauchen, ist die Variante 2 eindeutig zu bevorzugen. Von mir aus müsste es dort hinten auch nicht so viele Haltestellen haben,

aber der Gemeinderat schlägt es so vor. Es ist immer ein Abwägen zwischen Haltestellen und Fahrplanstabilität. Dies könnte von mir aus gesehen der Gemeinderat in eigener Kompetenz ändern und beispielsweise auf 1 Haltestelle verzichten. Dies ist kein Antrag; über solche Details müssen wir nicht diskutieren, ich befürworte eindeutig Variante 2.

Kurt Lanz: Ich glaube, dass wir den Ortsbus, so, wie ihn der Gemeinderat als Variante 1 vorschlägt, aus mehreren Gründen brauchen. Für mich wichtige Gründe sind: Nach Variante 1 verkehrt der Bus an Orten, von denen ich früher gehört habe, es sei dort nicht möglich. Darum soll für mich der Versuchsbetrieb den Beweis erbringen, dass genau dies möglich ist. Ich möchte den Versuchsbetrieb nicht missbrauchen für etwas, von dem man das Gefühl hat, es sei möglich. Darum finde ich wichtig, dass die Variante 1 des Gemeinderates angenommen wird. Was den öV generell betrifft, sehe ich es nicht so, wie es Urs Hess sieht. In Pratteln haben wir zunehmend ältere Personen und ich gehöre auch dazu. Irgendwann gibt man den Führerausweis zurück, irgendwann verliert man seine Mobilität und darum ist in Pratteln wichtig, eine gute Mobilität zu haben und den Schritt, den wir jetzt machen wollen, ist einer in die richtige Richtung. Darum soll der Variante 1 des Gemeinderates zugestimmt werden.

GR Stefan Löw: Zur Beantwortung der Fragen und Anregungen: Christoph Zwahlen hat nach der Frequentierung von Aegelmatt gefragt. Es ergibt sich eine neue Situation und wir betreiben den Ortsbus nicht mehr so, wie er ursprünglich war und fahren auch nicht mehr dieselbe Route. Genaue Zahlen kann ich nicht nennen. Der Bahnhof ist am besten frequentiert und die Zahlen für die anderen Haltestellen haben variiert. Abgefallen ist die Haltestelle Lachmatt, warum wissen wir nicht. Zum BAV: Der Antrag wurde gestellt. Eine Zustimmung ist nicht möglich, weil ja noch kein definitiver Fahrplan vorliegt. Wir konnten bewirken, dass wir diese Informationen noch nachliefern dürfen, dies aber morgen um 9. Uhr. Wenn wir zu dieser Zeit nicht definitiv sagen können, was wir machen werden, ist es vom Tisch. Zu den Taxifahrten kann ich nicht viel sagen, aber wir reden jetzt von der Weiterführung des Ortsbus. Zu Roger Schneider (steigende Zahlen): Dies ist positiv und der Bus hat sich in den Köpfen etabliert. Man weiss, dass es in Pratteln einen Ortsbus gibt, auch, weil er in den Medien ist. Durch diese Präsenz sind die Leute gespannt, welche neue Route resultiert. Die Fachpersonen von Betreiber, Verwaltung und Kanton haben sich deutlich für die Variante 1 ausgesprochen und sehen in dieser Variante ein grösseres Potenzial. Variante 1 wurde auch aufgrund der Finanzen ausgewählt. Wie es schlussendlich sein wird, kann auch ich ihnen nicht sagen. Die guten Absichten, eine Steigerung zu erwirken, stehen fest; wir haben uns darauf vorbereitet und ich bitte darum, der Variante 1 zuzusprechen.

Erich Schwob: Ich bin gar nicht der Meinung, dass Variante 1 die bessere ist, weil das Aegelmattquartier ausgelassen wird. Ich komme von dort und dort gibt es viele Personen, und gerade beim Aegelmattschulhaus gibt es viele alte Leute, die dort einsteigen. Im Dorf steigen dieselben Leute nicht ein. Die Schlaufe über das Dorf ist sicher weniger rentabel als über die Aegelmatt und uns wird eine 2. Variante aufgezeigt, die nicht das Goldene vom Ei ist, weil sie zwei Mal die Muttenerstrasse hinauf und hinunter fährt. Total unnötig; wenn schon, muss sie gerade nach oben und den Dorfkern trotzdem einbeziehen. So, wie Variante 2 jetzt aufgezeigt wird, handelt es sich um eine Alibiübung.

Urs Hess: Zum Taxi: Der Gemeinderat hat das letzte Mal gesagt, dass er ein solches Ruftaxi aufgleisen und einen Versuchsbetrieb einrichten wolle. Warum haben wir nun einen Bus während 3 Jahren als Versuchsbetrieb, der 3 Jahre lang nicht funktioniert hat und nicht viele Leute im Bus waren ausser dem Chauffeur? Machen wir lieber eine Pause und bringen das Ruftaxi. Von den Kosten her sind wir massiv günstiger und das Angebot ist erst noch viel besser. Kurt Lanz hat vorhin gesagt, dass es im Dorf viele ältere Personen gibt und viele von ihnen können noch nicht einmal zur nächsten Bushaltestelle laufen. Diese Personen sind viel besser bedient, wenn man sie zu Hause abholen kann und mit einem Taxi wird hier viel mehr erreicht. Ich denke, dass der Weg so laufen muss.

Marc Bürgi: Beim Ortsbus geht es auch um Fairness. Ich selber wohne im östlichen Teil der Hauptstrasse und kann, wenn ich ins Dorf will und wieder nach Hause, von morgens um 6 Uhr bis abends um 7 Uhr im 30-Minutentakt von zu Hause an den Bahnhof Pratteln fahren. Allen Personen, die Dank des Ortsbusses aus dem südwestlichen Teil an den Bahnhof zu fahren, versucht man heute, diese Möglichkeit zu nehmen. Urs Hess hat die Abschaffung des Ortsbusses vorhin mit der Schaffung eines Ruftaxis begründet. Seiner Meinung nach sind die 37'000 Personen, die den Ortsbus im letzten Quartal 2014 benutzt haben, zu wenig. Ich persönlich bin der Meinung, lieber 37'000 Personen zu haben, die den Ortsbus benutzen, als 37'000 Personen, die ein Ruftaxi bestellen. Dies finde ich eindeutig zu viel. Auch ich habe die Erfahrung gemacht, dass man meistens alleine oder bestenfalls zu zweit ist, wenn man ein Taxi bestellt. Der Ortsbus bietet nun die Möglichkeit, mehreren Leuten, die unabhängig voneinander ein Verkehrsmittel benutzen wollen, dies auch umweltfreundlich zu tun. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass schlussendlich die Finanzmittel fehlen, die von Aquabasilea kamen. Nun hat der Gemeinderat uns ohne diese Finanzmittel eine gute Lösung des Ortsbusses vorgeschlagen und ich bitte sie, der Variante 1 und der Vorlage heute zuzustimmen.

Jens Dürrenberger: Kurz zu Urs Hess und seiner Berechnung: Man darf nicht eine Jahreszahl von CHF 483'000 durch eine Quartalszahl teilen und meinen, dies sei richtig. Man muss alle 4 Quartale zusammenzählen und ins Verhältnis zu den Jahreskosten setzen. Dann kommt man nicht auf CHF 12 oder CHF 13 pro Fahrt, sondern auf CHF 3 – 4, was immer noch viel ist.

Abstimmung über den Antrag von Christoph Zwahlen

://: Dem Antrag von Christoph Zwahlen, Unabhängige Pratteln, für einen Versuchsbetrieb die Fahrroute der Variante 2 zu wählen, wird mit 22 Ja zu 14 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Roland Kuny stellt den Antrag, den Versuchsbetrieb von 3 auf 2 Jahre zu verkürzen.

Abstimmung über den Antrag von Roland Kuny

://: Der Antrag von Roland Kuny, SVP-Fraktion, den Versuchsbetrieb von drei auf zwei Jahre zu verkürzen, wird mit 24 Nein zu 9 Ja bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Der Kredit von brutto CHF 483'000 (Jahreskosten und in der laufenden Erfolgsrechnung ab 2016 zu budgetieren) für den Betrieb eines Ortsbusnetzes wird für einen weiteren Versuchsbetrieb von 3 Jahren mit der Fahrroute Variante 2 genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 3. August 2015.

Geschäft Nr. 2893

Bericht und Antrag der Spezialkommission zum Geschäft „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“: Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrats

– 2. Lesung

Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Juni 2015 für die 2. Lesung

Auf dem Referentenplatz hat Patrick Weisskopf als Präsident der Spezialkommission Platz genommen.

Patrick Weisskopf: Bei der 1. Lesung wurde die Mitwirkung von vom Gemeinderat bestimmten Personen der Verwaltung gestrichen. Wir haben dies den Fraktionen zum Diskutieren gegeben und die Kommissionsmitglieder haben signalisiert, dass sie sich mit der neuen Variante angefreundet haben und eine Mehrheit dafür entstehen könnte. Die alte Variante wird vermutlich nicht mehrheitsfähig sein und die Variante, die wir jetzt haben, stellt eine kleine Nuance dar. Es bedeutet nicht, dass die Verwaltung ausgeschlossen ist, es ist sogar sehr wichtig, dass die Verwaltung eingeladen ist, an der politischen Steuerung teilnimmt und ihr Wissen einbringt. Persönlich habe ich dies in der Spezialkommission erlebt und die Zusammenarbeit geschätzt und ich hoffe, dass sich dieses anpasst und es zu einem partizipativen Ansatz kommt.

2. Lesung, gelesen werden die zu ändernden Paragraphen.

Geschäftsreglement des Einwohnerrates

3.1.5	Abschreibung	
3.1.6	Budgetpostulate	
3.3.2.1	Bestand, Wahl, Amtsdauer	
3.3.2.2	Geschäftsprüfungskommission	
3.3.2.5	Entwicklungskommission	keine Wortmeldungen

Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR)

§ 9a	Perspektiven	
§ 9b	Legislaturziele	
§ 9c	Grundsatz	
§ 9d	Aufgaben- und Finanzplan	
§ 9e	Jahresbericht	keine Wortmeldungen

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: 1. Der Einwohnerrat spricht sich für eine Optimierung der politischen Steuerung aus.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

- //: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Umsetzung der Optimierungsvorschläge:
- a) Vorschlag 1: Perspektiven / Legislaturziele / Entwicklungskommission
 - b) Vorschlag 2: Aufgaben- und Finanzplan
 - c) Vorschlag 2: Jahresbericht

Der Rat beschliesst einstimmig:

- //: 3a. Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrats vom 27. November 1972 wird genehmigt.
- 3b. Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 28. Februar 2011 wird genehmigt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- //: 4. Der Einwohnerrat beauftragt die bestehende Spezialkommission zur Begleitung der Umsetzung der Optimierungsvorschläge.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- //: 5. Der Einwohnerrat bewilligt Kosten zur Umsetzung der Optimierungsvorschläge von CHF 115'560.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 3. August 2015.

Geschäft Nr. 2934

Antrag der Spezialkommission zum Geschäft Nr. 2893 „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“: Delegation der Kompetenz zur Schaffung/Aufhebung von Stellen an den Gemeinderat: Teilrevision Gemeindeordnung – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Juni 2015 für die 2. Lesung

Auf dem Referentenplatz hat Patrick Weisskopf als Präsident der Spezialkommission Platz genommen.

Patrick Weisskopf: Dieser Antrag ist dem obligatorischen Referendum unterstellt, meldet euch also, falls ihr Argumente dagegen oder dafür habt.

Urs Hess: Ich bitte, dass wir das Schaffen von Stellen weiterhin im Einwohnerrat belassen. Ihr habt vorhin gehört, was in der Fragestunde gegangen ist und wie wundersam sich die Verwaltung der Sozialbehörde aufgeblasen hat, ohne dass mehr Fälle vorhan-

den waren oder mehr Geld ausgegeben wurde, aber nun sind es fast 3-mal mehr Personen. Es kann nicht sein, dass wir als Einwohnerrat die finanzielle Hoheit über die Gemeinde haben und nun an den Gemeinderat abgegeben, dass er selber Stellen schaffen kann. Denkt an die Personalkosten; Philippe Doppler hat auch schon bei der Besprechung der Rechnung gesagt, dass bestimmte Budgetposten einfach steigen und es ist ein gangbarer Weg, dass der Einwohnerrat sagt, ob diese Stellen geschaffen werden oder nicht.

Antrag von Urs Hess

GP Beat Stingelin: Der Stellenplan wird nicht abgeschafft. Wir haben immer kommuniziert, dass er vorhanden ist und der Einwohnerrat sieht, wie viele Stellen wo vorhanden sind; der Einwohnerrat steuert über das Budget. Ich glaube, es ist interessanter, über das Budget zu steuern, wo das Geld ist, als über den Stellenplan. Ob wir eine Person einstellen, die x-tausend Franken kostet, oder eine Person, die xxx-tausend Franken kostet, habt ihr dazu keine Eingriffsmöglichkeit über den Stellenplan. Mit dem Budget lässt sich jedoch durch den Einwohnerrat steuern. Darum bitte ich, nicht dem zuzustimmen, was Urs Hess gesagt hat.

Marc Bürgi: Wir haben vorhin einen klaren Schritt in die Zukunft beschlossen, indem wir uns in Richtung Globalbudget bewegen. Auch die Delegation zur Schaffung und Aufhebung von Stellen in den jeweiligen Abteilungen macht durchaus Sinn. Urs Hess hat vorhin sehr gut gesagt, dass wir mehr Stellen haben, aber schlussendlich nicht mehr Geld ausgegeben. Und darum geht es. Wir als Einwohnerrat müssen ein Budget bewilligen und mit diesem Budget muss doch der Gemeinderat mit seinen Abteilungsleitern bestimmen, wo es eine neue Stelle braucht, wo man eine abschaffen kann und wie viele Prozent sie schlussendlich enthält. Dies soll doch nicht in der Verantwortung des Einwohnerrates sein. Wichtig ist, dass der Einwohnerrat nach Annahme dieser Vorlage über die Finanzen bestimmt und welche Mittel dem Gemeinderat zur Verfügung stehen. Dies ist wichtig. Stimmt daher dieser Vorlage zu.

Emil Job: Wir vollziehen einen Paradigmenwechsel mit der Globalbudgetierung und da gehört dazu, dass man nicht in der Form über den Stellenplan bestimmt, dass man sagt, wie viele Stellen man hat, sondern, dass man sagt, wie viel Geld man fürs Personal ausgeben will. In eine Aufgabenplanung gehören in Zukunft auch die Personalkosten und man muss sehen, wie viel man mit diesem Geld erledigen kann und dazu gehört auch das Personal. Dies bedeutet, dass wir bzw. der Gemeinderat in Zukunft anders budgetieren müssen und es gehört alles in dieses Paket hinein. Man kann dann nicht mehr sagen, dass man so-und-so-viele Stellenprozente hier und so viele dort benötigt, sondern es wird gesagt, wie viel Geld man benötigt, um diese Aufgaben zu erledigen und dann brauchen wir den Stellenplan wirklich nur noch, um zu schauen, wie die Stellen verteilt sind. Jetzt schon hat der Gemeinderat die Möglichkeit, über temporäre Einsätze zusätzliche Stellen zu schaffen, über die wir keine Kontrolle haben.

Mauro Pavan: Ich bitte euch noch einmal, dieser Änderung zuzustimmen. Urs Hess hat gesagt, dass sich die Stellen im Sozialbereich mysteriös erhöht hätten. Dies ist aber in der Kompetenz des Einwohnerrates geschehen. Was ändert? Wir haben vorhin bei der Rechnung gehört, dass die Steigerung der Kosten auf Frühpensionierungen, auf das Besetzen von vakanten Stellen, die ja schon im Stellenplan enthalten waren, zurückzuführen ist. Dies alles hat mit der Delegation an den Gemeinderat nichts zu tun.

Andreas Seiler: Ich rede für eine Minderheit meiner Fraktion. Wir möchten die Steuerung über das Budget und den Stellenplan. Dies widerspricht sich nicht und der Schritt in die Zukunft, den wir soeben gemacht haben, ist richtig, bedingt aber nicht, dass wir die Hoheit über den Stellenplan aufgeben. Wir befinden ja nicht über die einzelnen Stellen in den einzelnen Abteilungen, sondern über die gesamte Gemeindeverwaltung. Innerhalb der Verwaltung gibt noch genügend Möglichkeiten, Stellen zu verschieben, falls es notwendig ist. Sicher können wir auch übers Budget steuern. Budgetzahlen können kurzfristig von Jahr zu Jahr ändern, aber bei Stellen ist dies nicht so einfach möglich. Bei Stellen

sind immer Menschen betroffen, die man zuerst finden, anstellen und einarbeiten muss und dann haben sie ein Wissen, sodass man sie nicht einfach kurzfristig abbauen kann. Darum ist wichtig, dass der Einwohnerrat über die langfristigen Sachen mitreden kann und den Rahmen, wie viele Stellen in der Gesamtverwaltung vorhanden sein sollen, mitbestimmt. Der Einwohnerrat und die entsprechende Kommission wird in der Lage sein, das Budget, den Stellenplan und den Aufgabenplan so zu erstellen, dass es zusammenpasst, Sinn macht und umsetzbar ist.

Urs Hess: Was Andreas Seiler gesagt hat, unterstütze ich voll und ganz. Zu Marc Bürgi muss ich sagen: Wenn er nicht alles liest, was geschrieben ist, kann ich ihm Nachhilfeunterricht geben. Es ging darum, wie viel Geld man an die privaten Haushalte ausgibt und nicht um das Personal. Wenn 7 Personen oder 17 Personen gleich viel kosten, weiss ich nicht, ob du diese Rechnung für dich auch gemacht hast. Über die Personalkosten haben wir nicht geredet und diese steigen massiv. Ich denke, wir brauchen sowohl den Stellenplan, wo wir langfristig entscheiden und gleichzeitig brauchen wir das Budget zur finanziellen Steuerung. Denkt daran, dass wir jetzt einen kompletten Systemwechsel machen, indem wir in die Globalbudgetierung wechseln. Wieso wollt ihr jetzt noch das letzte Mittel, über das man allenfalls noch steuern kann, auch weglassen? Wir sollten lieber Schritt für Schritt vorgehen: Zuerst die Globalbudgetierung und wenn wir dann sehen, dass sich das bewährt, kann man immer noch über den Stellenplan reden. Ich schlage vor, bleibt bei der alten Version.

Christine Gogel: Ich bin stolz auf uns. Wir haben soeben einen ganz mutigen Schritt gemacht: einen Paradigmenwechsel. Und nun kommt es mir vor, als ob wir 10 Schritte vor und 5 zurückgehen wollen und erschrecken vor dem eigenen Mut. Beide Sachen gehören doch zusammen. Wir geben nichts auf, wenn wir jetzt ja sagen, sondern gewinnen nur.

GR Max Hippenmeyer: Eines muss ich der SVP zu bedenken geben: Wir haben nur von Stellenprozenten geredet, aber wir erstellen ja noch Wirkungsziele, definieren Aufgabenpläne und erstellen die Ressourcenpläne. Dabei geht es nicht nur ums Geld und den Sachaufwand, sondern auch die personellen Ressourcen. So gesehen können wir die Stellen nicht so einfach hin und her schieben. Mir persönlich als Gemeinderat wäre es sogar recht, wenn es so bliebe. Ich bin überzeugt, früher oder später kommt ihr alle zur Erkenntnis, dass dies zusammengehört, nämlich die personellen Ressourcen und der Sachaufwand in einem Paket mit wirkungsorientierten Vorgaben, die der Einwohnerrat bestimmt und nicht der Gemeinderat. Ich kann mit beidem leben, aber wenn ihr schon den ersten Schritt gemacht habt, macht auch noch den zweiten.

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

://: Der Antrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, § 33 der Gemeindeordnung im bisherigen Recht zu belassen, wird mit 22 Nein zu 13 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 12 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision der Gemeindeordnung vom 23. August 1999 wird genehmigt.

Die Änderung der Gemeindeordnung unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Gemeinderat legt das Datum für die Volksabstimmung fest.

Geschäft Nr. 2935

Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 3'260'000 für die Sanierung und den Umbau des Schlossschulhauses

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 26. Mai 2015

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

Auf dem Referentenplatz hat der Abteilungsleiter Bau, Dieter Härdi, Platz genommen.

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat beantragt CHF 3.26 Mio. für den Umbau und die Sanierung des gelben Schlossschulhauses. Für die detaillierte und umfassende Planung hat der Einwohnerrat mit dem Investitionsbudget 2013 und 2014 CHF 230'000 bewilligt. Vorgängig hat der Gemeinderat beschlossen, das Schlossschulhaus und das Burggartenschulhaus nicht abzubauen, sondern zu erhalten. Beide erhaltenswerten Gebäude bilden mit der sanierten Dorfturnhalle ein erhaltenswertes Ensemble. Im Jahr 2000 hat die Bürgergemeinde die Einwohnergemeinde unterstützt mit einem sehr grosszügigen Beitrag über CHF 2.4 Mio. und den Neubau 400m-Rundbahn in der Sportanlage Sandgruben finanziert. Dadurch ermöglichte uns die Bürgergemeinde, die finanziellen Mittel voll und ganz für die Sanierung und Umbau der Alten Dorfturnhalle und das Schlossschulhaus einzusetzen. Dies ist eindeutig mehr als eine moralische Verpflichtung. Es bedeutet auch unmissverständlich, dass die Bürgergemeinde für den Erhalt des Schlossschulhauses ist. In den vergangenen Jahren hat der Gemeinderat in verschiedenen Formen, auch in öffentlichen Veranstaltungen, auf seine Strategie und Konzepte der Bauprojekte in Pratteln aufmerksam gemacht. Darunter befand auch das Ensemble Alte Dorfturnhalle - Schlossschulhaus - Burggartenschulhaus. Die Planung und Projektierung des vorliegenden Antrages wurde durch eine breit abgestützte Planungskommission intensiv begleitet. Die Kommission hat die zukünftige Nutzung der beiden Schulhäuser Schloss und Burggarten evaluiert und geprüft. Dabei wurden die seinerzeitigen Erkenntnisse aus der „Kommission Retouch“ berücksichtigt. Mit der Sanierung und der multifunktionalen Nutzung erfährt das Schlossschulhaus und die Umgebung eine erfreuliche Aufwertung, die uns gut tut. Der Gemeinderat bittet sie, auf die Vorlage einzutreten. Zudem begrüsst es der Gemeinderat, wenn die Vorlage vom Einwohnerrat an die Bau- und Planungskommission überwiesen wird.

Andreas Seiler: Die Fraktion FDP-Mitte stellt den Antrag, auf beide Geschäfte, Schlossschulhaus und Burggartenschulhaus, einzutreten und beide an die BPK zu überweisen. Warum? Bei beiden Geschäften geht es um relativ grosse Geldgeschäfte und ein umfangreiches Raumprogramm, das wir hier zur Verfügung stellen. Wir möchten dieses in der BPK genau besprechen und auch, ob das Raumprogramm nicht anders erfüllt werden kann, beispielsweise durch Schulzimmer, die ausserhalb der Schulzeit benutzt werden, und so die bestehenden Ressourcen besser genutzt sind oder allenfalls mehr Ressourcen für die Vereine zur Verfügung stehen. Weiter wollen wir prüfen, wie die Vergabe der Räume an die Vereine stattfindet und wie die Vereine berechtigt sind, dort etwas zu erhalten und ob alle Vereine gleichberechtigt sind. Wenn dies von uns beurteilt wird, und auch in der BPK, wie es der Gemeinderat offensichtlich schon gemacht hat, können wir allenfalls zustimmen, möchten es aber vorher im Detail prüfen. Darum die Überweisung an die BPK.

Simone Schaub: Auch die Fraktion der SVP möchte diese beiden Geschäfte zusammenfassen. Für uns gehören diese Geschäfte zusammen, weil beide Schulhäuser auf demselben Platz stehen; uns fehlt ein Gesamtkonzept. Bei der Schlossschulhaussanierung handelt es sich um einen Zweckbau, was auch in unserem Sinn ist, erweckt aber

den Anschein, nur gerade das Notwendigste einzuplanen, sodass die Investition unter den CHF 4 Mio. bleibt, bei denen das Volk das letzte Wort hat. Wenn ich richtig verstanden habe, wird das Dach nicht isoliert, obwohl dort Lagerräume entstehen. Ein neuer Bodenbelag ist ebenso wenig eingeplant – dieser würde ja auch etwas kosten. Ist mit der Statikverbesserung die Erdbebensicherheit gegeben? Dies kann je nach Zustand bis zu 20 % des Gebäudewertes ausmachen. Wir sind nicht überzeugt, dass die Räumlichkeiten des sanierten Schlossschulhauses effektiv ausgelastet würden, mindestens nicht mit dem, was uns vorliegt. Als Alternative gäbe es beispielsweise 2 Neubauten, wovon eine für die Musikschule gebraucht werden oder dafür gebaut werden könnte. Wie sieht es aus, wenn man die neue Gemeindeverwaltung hierhin stellen würde und eine öffentliche Einstellhalle? Diese käme auch den Geschäften und Restaurants rund um den Schmittiplatz zugute und würde auf lange Sicht unser selbst geschaffenes Parkplatzproblem entschärfen. Für die Musikschule muss eine Lösung gefunden werden; dies ist klar und dafür sind wir auch und das geplante Haus der Musik macht Sinn und wäre am richtigen und zentralen Ort. Was aber passiert, wenn man das Schlossschulhaus wie in dieser Vorlage saniert und das Volk sagt zum Burggartenschulhaus Nein? Dann haben wir das eine Gebäude halbbatzig saniert und das andere ist immer noch gleich schlimm. Möglichkeiten, diesen Platz ins richtige Licht zu rücken, sind genügend vorhanden. Darum stellen wir für beide Sondervorlagen, Schlossschulhaus und Burggartenschulhaus, einen Rückweisungsantrag, damit der Gemeinderat mit einem neuen Gesamtkonzept kommen kann.

Antrag von Simone Schaub

Roger Schneider: Unsere Fraktion ist eindeutig für Eintreten und Direktberatung und wir teilen diese Skepsis nicht. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir nun die Kapitel 2 und 3 der Ortskernaufwertung schreiben. Nachdem wir diese schöne Turnhalle renoviert haben, kommen die beiden anderen Gebäude dieses Platzes an die Reihe; dies ist eine logische Folge. Es handelt sich um ein würdiges Geschenk an die Prattler Bevölkerung, dass diese beiden Gebäude saniert und für diese Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Fachleute haben darüber gebrütet, die Kommission hat sich gute Gedanken gemacht und wir sind überzeugt, dass es sich um eine gute Lösung handelt. Auch ehrenamtlich tätige Personen erhalten nun sinnvolle Räume und dies an zentralster Lage. Darum bin ich überzeugt, dass sich das Prattler Stimmvolk auch ein schönes und sinnvolles Weihnachtsgeschenk macht, wenn das Burggartenschulhaus am 29. November zwingend zur Abstimmung kommt und allenfalls auch das Schlossschulhaus zur Abstimmung kommen würde. Wir finden es eine gute Investition in ein identitätsstiftendes Projekt und eine längst fällige Sanierung mit zweckmässiger und einwohnerfreundlicher Nutzung. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gefördert und es ist ein langfristiges Engagement für die Musik in unserem Dorf und auch für das Soziale. Zur Verträglichkeit der Projekte: Auf der Wirtschaftsseite ist es sicher verträglich, weil eine Sanierung günstiger kommt als ein Totalabriss, geschweige denn mit einer Einstellhalle. Weiter haben wir Einsparungen von Baumaterial, was es auch günstiger macht. Es ist sozialverträglich, weil wir Nutzungen für Vereine und Musikschüler haben und wie schon gesagt, an zentraler und gut erreichbarer Lage. Es ist auch ein ökologisch verträgliches Projekt und ressourcenschonend. Weiter werden wichtige Kolonien schützenswerter Tierarten erhalten, wenn man die Sanierung richtig macht. Wir haben hier bedeutende Kolonien von Mauerseglern und Mehlschwalben am Gebäude. Wir empfehlen dem Rat Eintreten und Direktberatung beider Geschäfte.

Gert Ruder: Ich schliesse sinngemäss ans Votum von Roger Schneider an und sage ihnen, dass dieses Einwohnerratsgeschäft 2935 zusammen mit der nachfolgenden Vorlage 2936 einen wichtigen und wesentlichen Meilenstein für eine machbare, kostengünstige und zukunftsgerichtete Entwicklung von Pratteln im Allgemeinen und für die Gestaltung des Dorfkernes im Speziellen darstellt. Die Vorlage für die Sanierung des Schlossschulhauses wird durch die SP-Fraktion durchaus nur positiv gesehen und aus unserer Sicht hat der Gemeinderat seinen Job gut gemacht. Die Einwohnergemeinde hält Wort und setzt Ihre Mittel nach der Sanierung der Alten Dorfturnhalle auch für die Sanierung des Schlossschulhauses ein und damit werden die Verpflichtungen gegenüber der Bür-

gergemeinde voll und ganz eingelöst. Es macht sich gut, wenn die Einwohnergemeinde gegenüber der Bürgergemeinde Wort hält. Das projektierende Architekturbüro hat unter Begleitung und Anweisung der Planungskommission hervorragende Arbeit geleistet. Das Raumprogramm überzeugt mit seinen vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten für die Vereine, der behindertengerechten Gestaltung und dem gebäudeintern eingebauten Lift. Ich finde dies eine ausgezeichnete Lösung und hatte schon befürchtet, dass anstelle dieses gebäudeinternen Lifts ein gläserner Rucksack angebaut werden müsste, aber hier haben die Architekten eine viel bessere Lösung in beiden Gebäuden gefunden. Mit den geplanten Lösungen und dem Erhalt der bestehenden Gestaltungsstrukturen und den Oberflächen wird das Gebäude sowohl aussen als auch innen in der historischen Substanz genügend gewürdigt. Mit der Sanierung des Schlossschulhauses wird die nächste Umgebung des Schlosses äusserst positiv in Erscheinung treten und einen wichtigen Schritt zur Dorfkerngestaltung darstellen. Die SP-Fraktion ist einstimmig für dieses Projekt und der Meinung, einzutreten und direkt zu beraten. Wenn in diesem Rat eine grössere Minderheit meint, man müsse es noch der BPK überweisen, verschliessen wir uns dem nicht. Was sicher nicht angeht, ist, dass wir dieses Geschäft wieder an den Gemeinderat zurückweisen, ausser, die SVP-Fraktion steht definitiv dafür, dass sie hier nur Vernichtungs- und Verhinderungspolitik betreiben will. Dieses Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen, stellt keinen Dienst an der Prattler Bevölkerung und seinem aktiven Vereinsleben dar. Ich bitte sie, darauf einzutreten und der Direktberatung zuzustimmen.

Urs Hess stellt den Ordnungsantrag, weiterhin über den Rückweisungsantrag von Simone Schaub zu diskutieren, nachdem der Präsident vorgeschlagen hat, darüber abzustimmen.

Antrag von Urs Hess

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

//: Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, über den Rückweisungsantrag von Simone Schaub, SVP-Fraktion, weiter zu diskutieren mit grossem Mehr zu.

Urs Hess: Ich rede zur Rückweisung. Gert Ruder hat vorhin erzählt, wir seien destruktiv. Ich glaube, diejenigen, die nicht weiter denken wollen, denken destruktiv und daher wollen wir das Geschäft zurückweisen, damit man auch eine Perspektive aufmachen kann. Es ergibt keinen Sinn, nun über etwas abzustimmen oder an die BPK weiterzugeben, wenn nicht neue Perspektiven eröffnet sind; um das geht es und darum sagen wir ganz klar, dass man das Geschäft zurückweisen muss. Es geht auch darum, Weiteres einzubeziehen und nicht nur stur die beiden Schulhäuser und darum sind wir für Rückweisung.

Andrea Klein: Mit Rückweisung und Perspektiven hat Urs Hess auch gemeint, dass man einen Abriss mit Neubau prüfen soll. Ich persönlich bin extrem „hochhausgeschädigt“ und „hohes-Haus-geschädigt“ und der Meinung, dass der Dorfkern als solches auch etwas Altes und Ehrwürdiges behalten soll und dem müssen wir Sorge tragen. Wir können nicht jedes Mal alte Häuser abreißen und uns in 50 Jahren wundern, dass wir keine alte Bausubstanz mit Charakter mehr haben. Dann sehen wir aus wie Aquila, das eine grauenhafte Blechfassade hat. Wir müssen diesem extrem Sorge tragen und „Perspektiven“ heisst auch, so weiterdenken und nicht nur immer abreißen und neu bauen.

Kurt Lanz: Das Votum soeben hat mir sehr gut gefallen. Ich selber wohne hier, seit es mich gibt und ich will diese beiden Häuser behalten und ich will nicht, dass sie platt gemacht werden. Daher bitte ich sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Ich möchte, dass diese beiden Häuser, so, wie sie hier stehen, in Ordnung gebracht werden, stimmt es für mich. Daher bitte ich sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Roger Schneider: Wir unterstützen ganz klar die beiden Vorredner. Man muss sich bewusst sein, dass dies das erste Sekundarschulhaus in Pratteln war, auf dem Land, das

die Bürgergemeinde der Einwohnergemeinde zur Verfügung gestellt hat, wenn ich die Heimatkunde Pratteln richtig gelesen habe. Es handelt sich um ein Stück Identität von uns und von Pratteln; dies müsst ihr euch bewusst sein. Auch die Bürgergemeinde gibt sich Mühe, Häuser im Dorfkern zu bauen, die dort passen und wenn diese beiden Häuser abgerissen werden, kommen dort Glaspaläste oder Flachdächer hin, aber sicher nicht in diesem Stil. Die beiden Häuser zeigen auch den seinerzeitigen Wohlstand, dass die Gemeinde Pratteln überhaupt ein solches Gebäude bauen konnte. Nun haben wir die Mittel und sind wir doch stolz darauf, dass wir die beiden Häuser wieder renovieren und den Vereinen und anderen sozialen Institutionen zur Verfügung stellen. Stimmt dem Rückweisungsantrag also nicht zu.

GR Rolf Wehrli: Der Antrag des Gemeinderats ist klar und ich will klarstellen, dass wir mit berechtigtem Grund für die Erhaltung der beiden Gebäude sind. Hierin wurde zum wiederholten Mal gesagt, um was es geht. Ein Gesamtkonzept und eine Strategie und Perspektiven besitzt der Gemeinderat bereits seit 10 Jahren oder länger und so lange reden wir schon über die beiden Häuser. Bei den Diskussionen ging es immer um die Sanierung und nicht um den Abbruch und der Gemeinderat hat dies auch aufgenommen. Der Einwohnerrat hat einen Planungskredit für eine Sanierung und nicht einen Neubau bewilligt. Eine Rückweisung würde mich sehr wundern und damit wären CHF 256'000 in den Sand gesetzt. Halbherzig wurde überhaupt nicht geplant und halbpatzig erst recht nicht. Wir haben das Geld genutzt und Gert Ruder als Präsident der BPK hat gesagt, dass gute Arbeit zusammen mit den Architekten geleistet wurde. Wir haben auch die Verpflichtung, die Mittel so einzusetzen, dass wir ein zweckmässig saniertes, umgebautes Gebäude erhalten, und nicht eine andere Lösung, die kostet und nicht denselben Nutzen bringt. Ich kann sagen, dass die Kommission mehrmals darüber ging und auch der Gemeinderat und beide haben im positiven Sinn daran herumgeschraubt bis nun diese Vorlage entstand. Die Arbeit hat sich gelohnt und auch in der Kommission. Die IGPOP war auch in dieser Kommission vertreten; es wurden alle Vereine einbezogen und konnten sich bei uns melden, was die meisten auch gemacht haben. Es handelt sich um eine ideale Vorlage und wenn die BPK die Befürchtungen der SVP ausräumen kann, kommt dies dem gesamten Projekt entgegen. Wenn die Häuser denn mal saniert sind, werden sie der Prattler Bevölkerung Freude machen. Ablehnung der Rückweisung.

Abstimmung über den Antrag von Simone Schaub

://: Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag von Simone Schaub, SVP-Fraktion, mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung ab.

Der Rat ist also auf das Geschäft eingetreten und es folgt die Diskussion über den Antrag von Andreas Seiler (Überweisung an die BPK).

Urs Hess: Nachdem wir dieses Geschäft nun nicht an den Gemeinderat zurückweisen, erwarte ich von der BPK, dass sie nachschaut, welche Visionen vorhanden sind. Wir würden das Schlossschulhaus am liebsten abreißen, das gebe ich offen zu, das andere Gebäude jedoch nicht. Es geht uns darum, dass das hier Vorgeschlagene zu wenig weit greift. Wir können uns eine Gemeindeverwaltung hier vorstellen und dass man in der alten Gemeindeverwaltung im alten Teil die Musikschule unterbringt, oder mit solchen Gedanken spielt. Davon haben wir noch nie etwas gehört und man hat auch schon einmal von einem Neubau auf der Schweighausermatte geredet und davon hört man nichts mehr. Uns fehlt das Konzept und wir sind froh, wenn die BPK das Konzept beim Gemeinderat holt und entsprechend dem Einwohnerrat berichtet.

Gert Ruder: Etwas mehr räumliches Vorstellungsvermögen habe ich dir, Urs Hess, schon zugetraut zu deiner Aussage, die Gemeindeverwaltung hier unterzubringen. Da müsste ich zurückfragen, wie viele Stellen du auf der Gemeindeverwaltung abschaffen

willst, damit diese dort Platz haben. Als Präsident der BPK ist es für mich keine Sache, einen Auftrag dieses Rates entgegenzunehmen und ich nehme an, falls die Mehrheit der Meinung ist, das Geschäft würde genügend gewürdigt, wenn es auch noch in die BPK kommt, wird auch die SVP-Fraktion einer Kommissionsberatung zustimmen.

Roger Schneider: Wir unterstützen diesen Antrag und sind für Direktberatung. Es liegt alles auf dem Tisch und es braucht nicht für jedes Projekt ein übergeordnetes Konzept. Gedanken wurden gemacht und nun noch alles auf den Kopf zu stellen – der Planungskredit ist verbraucht und noch mehr Konzepte zu machen, bringt hier nichts. Ich bin kein Gegner von Konzepten, dass man sich Überlegungen macht, diese wurden ja schon gemacht. Zu dem, was die BPK noch beitragen kann, mache ich grosse Fragezeichen und wüsste nicht, was sie noch abklären sollte. Es ist ja alles auf dem Tisch.

Marc Bürgi: Ich bin froh, dass mir Urs Hess den Ball zurückgegeben hat, mit der Aussage, ich würde die Vorlagen schlecht lesen. Ich verweise ihn daher in der Vorlage 2935 auf den letzten Abschnitt, dass nicht nur die Sondervorlage des Schlossschulhauses, auch die des Burggartenschulhauses durch eine Planungskommission projektiert wurde, die aus Vertretern des Gemeinderates, Kreismusikschule, Musikgesellschaft und der Abteilung Bau bestand. Dies bedeutet, dass die gesamte Projektierung beider Schulhäuser durch mehrere Personen in unterschiedlichen Kommissionen betreut wurde. In letzten Satz steht auch noch, dass vor der Planungskommission auch noch eine zusätzlich eingesetzte Kommission, bestückt aus Vertretern der Kommission „Retouch“, die sinnvolle zukünftige Nutzung beider Schulhäuser prüfte. Wenn man diese beiden Geschäfte zurückweisen will, ist es, obwohl es dermassen oft geprüft wurde, schlichtweg Zwängelei. Ich bitte darum den Einwohnerrat, weil es grosse Geschäfte sind, heute an die BPK zu überweisen und Neuerungen unter Beibehaltung der alten Bausubstanz zuzulassen.

Christine Gogel: Man kann doch nicht einfach sagen, dass dies kein Konzept sei. Was ist es sonst? Es handelt sich um zwei tolle Konzepte. Über Jahre haben wir bei der Ortskernplanung gefordert: schützen hier und schützen dort. Kerniger als hier im Kern geht es wirklich nicht und wir sind daran, zu erhalten und zu schützen, was unsere Tradition und Kultur ist. Wenn der Platz belebt werden soll, dann genau mit dieser Vorlage. Wir gewinnen nur und in drei Jahren haben wir dort etwas Tolles stehen, das wir nutzen können. Wenn wir Nein dazu sagen, dauert es Jahre, bis etwas Neues dort steht. Eine Überweisung an die BPK braucht es aus meiner persönlichen Überzeugung nicht, weil beide Projekte in einer Spezialkommission waren und hervorragend gut vorbereitet sind.

Andrea Klein: Ein Argument, warum das Geschäft an die BPK zu überweisen ist. Dass der Betrag von CHF 4.59 Mio. für das Burggartenschulhaus vors Volk muss, ist unbestritten. Die CHF 3.26 Mio. liegen extrem arg an der Grenze. Wenn sich die Sanierung so nicht bewahrheitet oder Mehrkosten entstehen, kratzt man gerade an dieser Grenze. Deswegen ist dies ein gutes Argument, an die BPK zu überweisen, damit es gesamthaft noch einmal angeschaut werden kann.

Dieter Härdi: Sie können sicher sein, dass beide Projekte sehr seriös geplant wurden und dies auch von der Kostenseite her. Von Simone Schaub wurde bemängelt, dass keine Dachisolation vorgesehen sei. Wir haben dort einen Kaltestrich, der nicht isoliert werden muss. Weiter wurde erwähnt, dass der Boden erhalten bleibt. Selbstverständlich wird der Boden erhalten, soweit er historisch wertvoll ist, was auch richtig ist. Zur Erdbebensicherheit: Das Gebäude erhält ein neues Fundament und es wird im Keller abgegraben. Von dieser Seite aus gibt es eine Verbesserung der Statik des Gebäudes, was auch eingerechnet ist. Zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen: Es hat eine Begutachtung mit der Denkmalpflege stattgefunden. Die erwähnte Spezialkommission hat nicht einfach drauflosgeplant und ein Projekt geplant, das nicht bewilligt werden kann, sondern sich auch auf die Baugesuchphase vorbereitet. Im Umfeld des historischen Platzes haben wir ein Schloss unter Denkmalschutz, eine Gebäudezeile an der Burggartenstrasse unter Denkmalschutz; wir haben den Schlossgarten unter Denkmalschutz. Mit anderen

Worten: Wir können auf diesem Platz nicht irgendetwas machen, einen Glaspalast oder ein Flachdachgebäude. Die Denkmalpflege hat hier ein gewichtiges Wort mitzureden. Wir haben bereits Rücksicht genommen und die Denkmalpflege hat dies mit uns zusammen seriös und detailliert bearbeitet. Heute können wir sagen, dass diese beiden Bauten seriös in den Baukosten sind. Beim Schlossschulhaus ist noch eine gewisse Reserve vorhanden; es ist nicht so, dass die CHF 3.26 Mio. ein abgemagertes Projekt darstellen. Überhaupt nicht. Die Gemeinde hat eine gewisse Vorbildfunktion. Jede verantwortungsvolle und bewusste Gemeindebehörde sorgt, dass die historische Bausubstanz erhalten werden kann. Genauso macht sie es auch gegenüber Privaten, wenn sie Vorschriften durchsetzt. Es würde nicht verstanden, wenn man an diesem Standort am wichtigsten Platz in Pratteln vom Übergang historische Achse - Alte Dorfturnhalle - Schlossschulhaus - Schloss, nur schon an einen Abbruch denken würde.

Präsenz: Es sind nun 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Abstimmung über den Antrag von Andreas Seiler

Auf Antrag von Andreas Seiler, Fraktion FDP-Mitte, beschliesst der Rat mit 20 Ja zu 13 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Geschäft Nr. 2935 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2936

Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 4'595'000 für die Sanierung und den Umbau des Burggartenschulhauses

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 26. Mai 2015

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

Auf dem Referentenplatz hat der Abteilungsleiter Bau, Dieter Härdi, Platz genommen.

GR Rolf Wehrli: Es ergibt auch hier Sinn, das Geschäft an die BPK zu überweisen, damit dort beide Geschäfte beraten und wieder hier vorgelegt werden.

Andreas Seiler: Ich stelle den Antrag, dieses Geschäft an die BPK zu überweisen. Die Begründung habe ich beim vorherigen Geschäft schon gegeben und es geht hier in dieselbe Richtung. Es macht auch Sinn, in der BPK beide Geschäfte zu behandeln.

Antrag von Andreas Seiler

Roger Schneider: Es macht tatsächlich Sinn, auch dieses Geschäft der BPK zu überweisen. Es handelt sich auch hier um ein sehr unterstützenswertes Projekt. Bezüglich Freiraumgestaltung ist ein Einbezug der Bevölkerung unser Anliegen, beispielsweise in Form von Mitwirkungsmöglichkeiten. Die BPK kann dies aufnehmen und unser Verein, der Natur- und Vogelschutzverein, stellt sich mit seinem Know-how bezüglich den vorhin erwähnten Brutplätzen zur Verfügung und kann bei der weiteren Projektierung mithelfen, die Sanierungen so durchzuführen, dass diese Arten erhalten bleiben.

Christine Gogel: Wie schon beim ersten Projekt sind wir auch hier sehr angetan von dieser Vorlage. Die Sanierung wertet den Ortskern auch von den Nutzungen her attraktiv auf. Wir finden toll, was alles dort hineinkommt und an was gedacht wurde und unterstützen es völlig. Weil nun das erste Projekt an die BPK überweisen wird, macht es Sinn, auch weil es dem obligatorischen Referendum untersteht; dieses Geschäft auch an die BPK zu geben. Die KMS hat Anspruch auf diesen Raum; so steht es im Bildungsgesetz und die Gemeinde muss sie irgendwo unterbringen und wo sie seit August ist, ist ein absolutes Provisorium, sollte also zeitlich begrenzt sein und sie müssen in einem vernünftigen Zeithorizont in ein neues Gebäude kommen.

Urs Hess: Ihr habt ja Simone Schaub gehört, die für beide Geschäfte einen Rückweisungsantrag gestellt hat. In Anbetracht, dass der Grossteil des Einwohnerrates nicht so visionär denken kann wie die SVP, werden wir nicht mehr auf dem Rückweisungsantrag zurückkommen und diesen zurückziehen. Beide Geschäfte und Schulhäuser gehören zusammen und auch dieses soll an die BPK überwiesen werden.

GR Rolf Wehrli: Roger Schneider; du rennst offene Türen ein, aber im Moment gehört die Umgebungsgestaltung noch nicht zu diesen beiden Projekten, aber für die Zukunft ist sie mit einer entsprechenden Mitwirkung zu berücksichtigen.

Eintreten ist unbestritten, es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr und es folgt die Abstimmung über den Antrag von Andreas Seiler.

Auf Antrag von Andreas Seiler, Fraktion FDP-Mitte, beschliesst der Rat mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Das Geschäft Nr. 2936 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2939

Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Steuerausfälle durch Entlastung Kapital“

Aktenhinweis

Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Steuerausfälle durch Entlastung Kapital“ vom 11. Mai 2015

GR Max Hippenmeyer: Frage 1: Welche Steuerarten, deren Einnahmen teilweise oder ausschliesslich den Gemeinden zu Gute kommen, wurden in den letzten 15 Jahren abgeschafft oder reduziert. Ich bitte um eine vollständige und detailliert beschriebene Auflistung. Es wurden keine Steuerarten abgeschafft. In der Interpellation steht, dass die Handänderungssteuer abgeschafft wurde. Die Anteile der Gemeinden an Grundstücksgewinnsteuern, Handänderungssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern wurden 2004 im Zusammenhang mit der Revision des Finanzausgleichsgesetzes vollständig dem Kanton übertragen. Frage 2: Wie hoch werden die entsprechenden jährlichen Steuer-Einnahmeausfälle pro Steuerart auf Gemeindeebene geschätzt. Ich bitte ebenfalls um eine Schätzung der möglichen Einnahmeausfälle im Zeitverlauf unter plausiblen Annahmen des potenziellen Verlaufs. Im Jahr 2003 betrugen die Anteile an Grundstücksgewinnsteuern, Handänderungs- sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern gesamthaft CHF 2.5 Mio. Im Jahr 2002 waren es CHF 1.7 Mio. Diese Anteile sind sehr volatil und können von der Gemeinde und dem Kanton nicht beeinflusst werden. Frage 3: Wie viele Kapitalgesellschaften und wie viele natürlichen Personen haben je Steuerart von den Entlastungen effektiv profitiert und wie viele nicht? Ich bitte um eine möglichst präzise Schät-

zung. Diese Frage kann so nicht beantwortet werden. Grundstücksgewinnsteuern sowie Handänderungssteuern sind weiterhin zu entrichten. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern wurden für direkte Nachkommen abgeschafft. Die Reduktion der Gemeindesteuer auf 58.5 % der Staatssteuer führte zu Entlastungen bei den natürlichen Personen und nicht den juristischen, von rund CHF 500'000. Frage 4: Wie hoch werden die möglichen Steuerausfälle im Hinblick auf die geplante Unternehmenssteuerreform III geschätzt? Je nach Modell, welches zum Tragen kommt, handelt es sich um unterschiedliche Beträge und mein Gefühl sagt, dass es sich eher um einen Betrag von CHF 1. Mio. handeln wird. Die Ertragssteuer und die Kapitalsteuer sind kommunal konstant geblieben, nämlich 4.95 % des steuerbaren Ertrags bei der Ertragssteuer und 2.75 ‰ des Kapitals bei der Kapitalsteuer.

://: Der Rat beschliesst Diskussion.

Mauro Pavan: Danke für die Antworten. Ich finde es schade, dass ich nicht mehr und genauere Zahlen erhalten habe. Mir ist nicht klar, warum GR Max Hippenmeyer Zahlen von 2003 genannt hat und so sind die Veränderungen nicht erkennbar. Ich hätte gerne Zahlen gehabt, die man auch im Protokoll nachlesen kann.

GR Max Hippenmeyer: Im Jahr 2004 ging dies komplett an den Kanton über und hat nichts mehr mit Gemeindefinanzen zu tun und daher kann ich auch keine aktuelleren Zahlen nennen. Es wurde gefragt, wie viel es auf die Gemeindefinanzen ausmacht, aber seit 2004 ist alles in demselben Geldtopf und daher kann ich es nicht herausfiltern.

Die Interpellation Nr. 2939 ist beantwortet.

Fragestunde

Frage

12% Sozialhilfebeiträge, Tendenz steigend? (Urs Hess, SVP-Fraktion)

Die Beantwortung der Frage weist viele Zahlen auf und wird daher an der Leinwand präsentiert. Die entsprechenden Folien liegen dem Protokoll als Anhang bei.

GR Elisabeth Schiltknecht: Folie 1: Zu Beginn des Jahres 2005 gab es 302 Fälle und am Jahresende 322. 2014 hatten wir zu Beginn des Jahres 307 Fälle und zum Ende 321 Fälle. Folie 2 zeigt dies als Kurve auf. Folie 3 zu den Kosten: Im Jahr 2005 wurden rund CHF 10 Mio. brutto ausgegeben und netto rund CHF 6 Mio.; dazwischen liegen die Rückerstattungen mit rund CHF 4 Mio. Im Jahr 2014 wurden brutto rund CHF 9.3 Mio. bzw. netto CHF 7.1 Mio. aufgewendet. Die Rückerstattungen betragen hier genau die Hälfte derjenigen von 2005. Es ist zu erkennen, dass die Rückerstattungen grosse Unterschiede aufweisen, aber über einen längeren Zeitraum bei 25 – 30 % liegen. In Folie 4 ist dies als Kurve dargestellt. Die Rückerstattungen weisen in den letzten beiden Jahren einen Trend nach unten auf; es liess sich auf der Verwaltung nicht herausfinden, warum diese beiden Rückerstattungen unterhalb des Schnittes liegen. Es kann sich um ein einmaliges Ereignis oder einen Trend handeln, was nicht zu eruieren war. Folie 5: Werden die Fallkosten betrachtet, ändert sich das Bild. Die Netto-Kosten betrugen im Jahr 2005 CHF 18'645 und die Brutto-Kosten CHF 31'815. Für das Jahr 2014 betrugen diese Werte CHF 22'204 bzw. CHF 29'030. Damit sind die heutigen Fälle brutto günstiger, netto jedoch deutlich teurer. Folie 6 zeigt dies als Kurve auf. Folie 7: Die kostentreibenden externen Faktoren sind Leistungskürzungen in der ALV ab 2011 und ebenso die IV-

Sparmassnahmen ab 2011, die heftig zu Buche schlagen und zu höheren Sozialhilfekosten führen. Folie 8: Gegenmassnahmen gibt es nur sehr beschränkt: Das Subsidiaritätsprinzip wird seit Langem angewendet und man könnte es vielleicht noch konsequenter anwenden. Die Langzeitfälle werden regelmässig überprüft und ein weiterer Punkt ist die rasche und professionelle Arbeitsintegration und die Kontrolle, dass kein Missbrauch betrieben wird. Folie 9: Die Zusatzfrage von Urs Hess war die Frage nach den Stellenprozenten und wird hier beantwortet. Im Jahr 2005 waren es 870 Stellenprozente incl. Vormundschaftsbehörde und heute sind wir bei 1'750 Stellenprozenten. Dies sind die Stellen gemäss Stellenplan, ohne allfällige befristete Stellen, incl. Leitung.

Urs Hess: Die erste Zusatzfrage habe ich schon früher gestellt und GR Elisabeth Schiltknecht hat sie bereits beantwortet. Ich sehe aus den Ausführungen, dass bei gleich vielen Fällen und ungefähr demselben Geld, wir eine massiv höhere Stellenzahl haben. Warum gibt es so viel mehr Stellen und sind es alle Stellen oder gibt es noch temporäre? Hat dies mit KESB zu tun, weil die Fallzahlen nach Einsetzung der KESB gestiegen sind?

GR Elisabeth Schiltknecht: Zu den 1'750 Stellenprozenten kommen noch 160 befristete Stellenprozente hinzu. Bei den Stellenerhöhungen haben wir sowohl bei der Vormundschaftsbehörde als auch der KESB 4 Stellen und beim Sozialdienst ebenfalls 4 Stellen für Sozialarbeiterinnen. Die anderen sind Administration, Buchhaltung, Leitung, juristische Beratung. Dass es heute so viele Stellenprozente mehr sind, hat damit zu tun, dass sehr viel mehr Administration notwendig ist. Warum es genau so viel ist, habe ich heute noch versucht herauszufinden, aber wir kamen hier nicht zu einer klaren Aussage.

Die Frage ist beantwortet.

Geschäfte 2920, 2943, 2925, 2933, 2932, 2918, 2938 und 2940 nicht behandelt.

Verabschiedungen

Benedikt Schmidt verabschiedet Rös Graf: Rös Graf war 15 Jahre lang seit dem 1. Juli 2000 Einwohnerrätin. Sie war 8 Jahre lang in der BPK und 3 Jahre in der RPK und ausserdem in den Spezialkommissionen für das Strassenreglement und in der für das Parkierungsreglement. Eine Zeit lang war sie auch Präsidentin der SP-Fraktion. Ich danke Rös Graf herzlich für ihr Engagement und wünsche ihr auf dem weiteren Lebensweg alles Gute. Als Abschiedsgeschenk hat sie sich für eine Spende entschieden.

Rös Graf wird unter Applaus mit einem Blumenstrauss verabschiedet.

Benedikt Schmidt verabschiedet Bruno Baumann: Bruno Baumann ist am 1. Juli 2006 für Priska Forter in den Einwohnerrat nachgerückt. Während anderthalb Jahren war er in der GPK. Höhepunkt seiner Karriere als Einwohnerrat war aber sicher das Amtsjahr 2009/2010, in dem er Präsident des Einwohnerrats war. In den beiden Amtsjahren davor war er zuerst zweiter und dann erster Vizepräsident. Auch dir danke ich für dein Engagement und wünsche weiterhin alles Gute. Auch Bruno Baumann hat sich für eine Spende als Abschiedsgeschenk entschieden.

Bruno Baumann wird unter Applaus mit einem Blumenstrauss verabschiedet.

Schlussworte

Benedikt Schmidt: Wir haben heute eine neue Einwohnerratspräsidentin gewählt und mein Amtsjahr ist zu Ende. Ich danke euch dafür, dass ihr mich vor einem Jahr zum Einwohnerratspräsidenten gewählt habt. Ich hoffe, ich habe meine Aufgabe als Präsident einigermaßen gut gemacht. In meinem Jahr als Präsident sind mir hier im Rat zwei Sachen aufgefallen: 1. In einem Parlament soll man reden. Das ist klar. Man hat den Eindruck, die meisten Voten seien lang - viel zu lang. Wenn man hier oben sitzt, sieht man, dass die Aufmerksamkeitsspanne des Einwohnerrates meist sehr kurz ist. Erich Schwob hat vorher schön gesagt „Man kann mit weniger Worten mehr sagen“. 2. Und wenn mir schon beim Thema "Viel Reden" sind. Es gibt ein Thema, das im meinem Amtsjahr zu sehr langen Debatten geführt hat und das Thema ist der Verkehr. Es ist egal, ob wir über einen Kreisel reden oder eine Kurve; ob wir über Parkfelder reden; ob wir über Tempo-30 reden oder über Bushaltestellen. Was auch immer das Verkehrsthema ist, es wird lange darüber geredet und je länger man darüber redet, desto gehässiger wird meistens die Debatte. Ich möchte euch ans Herz legen, beim Thema Verkehr sachlicher zu bleiben und euch etwas zurück zu nehmen. Ich persönlich denke, wir hätten so bessere Debatten im Rat. Zum Abschluss möchte ich jenen Personen danken, die mich als Präsident unterstützt haben. Zuerst danke ich dem Sekretariat des Einwohnerrates. Das sind Kristin Künzli, Katarina Hammann und Joachim Maass. Joachim Maass ist eigentlich schon lange pensioniert, kommt aber immer wieder, wenn es ihn braucht. Danken möchte ich aber auch allen Anderen, die dafür sorgen, dass der Ratsbetrieb funktioniert. Dies sind der Weibel Martin Suter und der Abwart Steve Fischer. Damit schliesse ich die Sitzung und wünsche meiner Nachfolgerin Dominique Häring ein gutes Amtsjahr!

Christian Schäublin äussert einige Worte zu Benedikt Schmidt: Nachher darfst du zum letzten Mal die Glocke läuten. Du hast ein Jahr lang die Gemeinde und das Parlament als höchster Prattler repräsentiert. Bereits in der ersten Sitzung hattest du die Exklusivpflicht als Einwohnerratspräsident, mit einem Stichtentscheid zum Reklamereglement ins neue Amtsjahr zu starten. Das vergangene Jahr, du hast es bereits gesagt, war vor allem geprägt durch das Parkierungsreglement und der unglücklichen Umsetzung. Es wurden zahlreiche Vorstösse eingereicht und lange und kontroverse Debatten geführt. In deinem Amtsjahr konnten aber auch Kredite für Sportbauten in der Hexmatt und Sandgruben beschlossen werden. Auch konntest du heute noch Geschäfte zur Optimierung der politischen Steuerung und den Ortsbus zumindest beim Einwohnerrat ins Trockene bringen. Als Biologe und Amphibienexperte hast du logischerweise einen Einwohneratsausflug organisiert, der thematisch zu dir passt und alle in die Klingentalgrube geführt, wo sich ja seit Neuerem die Kreuzkröten aus der Zurlindengrube aufhalten. Du hast die Einwohnerratsitzungen speditiv und sachlich schlicht über die Bühne gebracht. Dabei hast du nicht selten deine Stimmenzähler zu Höchstleistungen angetrieben und trotz teilweise hitziger Debatten die Ruhe bewahrt. Obwohl du wahrscheinlich eher die Froschperspektive bevorzugst, hast du hier oben in der Vogelperspektive als Einwohneratspräsident die Sache gut gemacht und die Aufgaben der Führung und der anderen, mit diesem Amt verbundenen Aufgaben, sehr ernst genommen und jetzt ist das Amtsjahr gleich vorbei. Lieber Beni, im Namen des Einwohnerrates danke ich dir für dein Engagement als Einwohnerratspräsident.

Benedikt Schmidt wird unter Applaus mit einem Blumenstrauss verabschiedet.

Die Sitzung wird um 22.10 Uhr beendet.

Pratteln, 30. Juni 2015

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Benedikt Schmidt

Joachim Maass